

Rheingauer Bürgerfreund

ersch. Dienstags, Donnerstags und Samstags.
an letztem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal 100. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) =
Insertionspreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Eisecke in Oestrich.

Seitensprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

No 22

Donnerstag, den 20. Februar 1919

70. Jahrgang

Amstlicher Teil.

Gekanntmachung

an die Weinbauinteressierten über die
Bekämpfung der Reblaus.

Unter dem 6. Juli 1904 ist ein neues Reichsgesetz,
betreffend die Bekämpfung der Reblaus erlassen, von dem jeder
Besitzer von Reben das Wichtigste wissen muß.
Zunächst ist es durchaus erforderlich, daß jeder die Grenzen
seines Weinbaubezirks genau kennt.
Die Weinbaubezirke im Rheingaukreis sind:

No.	Name des Weinbaubezirks	Umfang des Weinbaubezirks
1.	Eltville	Gemarkungen Niederwall, Oberwall, Reudorf, Hauenthal, Eltville, Kiedrich;
2.	Oestrich	Gemarkungen Erbach, Hattenheim, Hall- garten, Oestrich;
3.	Winkel	Gemarkungen Mittelheim, Winkel, Jo- hannisberg;
4.	Geisenheim	Gemarkungen Geisenheim, Elbigen, Höl- desheim;
5.	Kommersheim	Gemarkungen Kufhausen, Kimmels- hausen;
6.	Lorch	Gemarkungen Lorch, Lorchhausen;

II. Verkehr mit Blindreben.

Es ist verboten, unbewurzelte Reben, (Blindreben), aber die
wenige eines Weinbaubezirks zu versenden, einzuführen oder aus-
zuführen.

Ausnahmen kann der Herr Ober-Präsident gewähren. Die
Genehmigung wird jedoch bei jeder Ausführung von Blindreben
aus einem Weinbaubezirk an die Bedingung geknüpft, daß die
Reben vor der Ausführung unter Aufsicht eines amtlichen Sach-
verständigen desinfiziert werden. Es ist daher in allen Weinbau-
bezirken, aus welchen Blindreben ausgeführt werden sollen, die
Errichtung von Desinfektionsanstalten für Blindreben vorzuziehen,
da nur in diesem Falle die Ausführung gestattet werden kann.

III. Verkehr mit Wurzelreben.

Es ist verboten, bewurzelte Reben über die Grenzen eines
Weinbaubezirks zu versenden.

Ausnahmen kann der Herr Ober-Präsident einzelnen Per-
sonen, welche Weinberge in zwei benachbarten Weinbaubezirken
haben, die Erlaubnis erteilen, Wurzelreben über eine Weinbau-
bezirksgrenze zu versenden, jedoch wird dann auch vorherige Des-
infektion durch einen amtlichen Sachverständigen vorgeschrieben.

Befügt z. B. eine Person Weinberge in Johannisberg und
Kiedrich, so könnte der Herr Ober-Präsident die Erlaubnis zum
Versenden von Wurzelreben dahin für den Einzelfall unter der
Bedingung der Desinfektion genehmigen, während der Herr Ober-
Präsident nicht die Versendung von Wurzelreben aus Johannis-
berg nach Kimmelsheim oder nach Eltville gestatten könnte,
auch wenn der Antragsteller in Johannisberg und Kimmelsheim
besitzt. In Eltville begünstigt wäre, da diese letzteren Weinbaubezirke
nicht benachbart sind, vielmehr ein anderer Bezirk zwischen ihnen
liegt. Zur Bewilligung derartiger, wie aller anderen weitergehenden
Ausnahmen, wäre die Zustimmung des Herrn Reichsanwalters er-
forderlich.

Wer ohne besondere Erlaubnis der zuständigen
Behörde den Bestimmungen unter II und III zuwider-
handelt, kann mit Gefängnis bis zu einem Jahre
und mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft
werden.

IV. Rebhandel.

Der Handel mit Reben ist unter besonderen Vorschriften.
Wer sich damit befaßt, ist vor allem verpflichtet, über Herkunft und
Abgabe aller Reben, auch jeder einzelnen, genau Buch zu
führen und auf Verlangen des Herrn Ober-Präsidenten genauestens
Auskunft zu geben.

Übertretung dieser Bestimmungen aus Fahrlässigkeit wird
bestraft mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder entsprechender Haft.

Wissentliche und vorsätzliche Nichtachtung dieser
Bestimmungen wird mit Gefängnis bis zu einem
Jahre und mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark
bestraft.

V. Neuanlagen.

Jeder, welcher Reben zu pflanzen beabsichtigt, einerlei ob es
sich um Anlage eines Weinbergs oder um Pflanzung einzelner Reb-
stöcke handelt, hat dies mindestens 8 Tage vorher der Ortspolizei-
behörde anzuzeigen, mit genauer Angabe der zu pflanzenden
Wurzels, der Zahl und des Ursprungs des Pflanzmaterials, auch
wenn solches eigenen Weinbergen oder sonstigen Rebanlagen ent-
nommen wird. Hierbei ist es auch gleichgültig, ob die Rebanan-
pflanzung in Weinbergen oder in Hausgärten erfolgt.

Die Ortspolizeibehörden haben hierüber genau Buch zu führen.
Für jede Neuanpflanzung ist von der Ortspolizeibehörde dem
Anzeiger, welcher Reben pflanzen will, ein Schein auszustellen, daß die
Anzeige vorchriftsmäßig erfolgt ist. Auch ist die Ortspolizeibehörde
befugt und verpflichtet, wenn von dem Besitzer oder Pflanzungs-
berechtigten den bestehenden Vorschriften nicht genügt ist, die An-
pflanzung zu untersagen.

Wer ohne Erlaubnischein zu haben, Reben anlegt oder eine
so angelegte Rebanpflanzung unterhält, wird bestraft. Außerdem
kann die Beseitigung und Vernichtung der ohne polizeiliche Erlaub-
nis erfolgten Anpflanzung von Reben verfügt werden.

Wird die Vernichtung eines Weinbergs angeordnet, weil bei
dessen Anlage eine zum Schutze gegen die Reblaus erlassene Vor-
schrift außer Acht gelassen wurde, so wird eine Entschädigung hier-
für nicht gewährt.

Handelt es sich hierbei um vorsätzliche Verletzung der betreffen-
den Verordnung, so fallen den Besitzern außer der Strafe auch noch
die Kosten der etwaigen Desinfektion zum Last.

VI. Anzeigepflicht.

Verdächtige Erscheinungen müssen angezeigt werden.

Der zur Nutzung eines mit Reben bestandenen Grundstücks
Berechtigte ist nunmehr rechtsgemäß verpflichtet, der Orts-
polizeibehörde unverzüglich alle verdächtigen Erscheinungen anzu-
zeigen, welche auf das Vorhandensein der Reblaus schließen lassen,
und zwar sowohl auf seinem als auch auf anderen Grundstücken
der Gemarkung, welcher sein Grundstück angehört.

Für Anzeige sind auch Weinbergbesitzer, sowie mit dem Voll-
zuge des Gesetzes betraute Personen hinsichtlich der Bezirke ver-
pflichtet, auf welche sich ihre Tätigkeit erstreckt.

Mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft wird bestraft,
wer dieser Anzeigepflicht nicht genügt.

VII. Bestimmungen für Bemerkungen.

in denen Reblausversuchung festgestellt ist.

Ist die Reblaus in einer Gemarkung festgestellt, so ist die Aus-
fuhr von Reben oder Rebstücken, gebrauchten Rebstöcken, Rebbändern
oder Weinbaugeräten, von Düngern, Kompost oder aus Reblaus-
pflanzungen entnommener Erde oder einzelnen Bodenbestandteilen
aus diesem Bezirke verboten.

Die Bewilligung von Ausnahmen steht dem Herrn Ober-Prä-
sidenten zu, kann aber auch unter der Bedingung erfolgen, daß
eine genügende Desinfektion der auszuführenden Gegenstände unter
Aufsicht eines amtlich bestellten Sachverständigen stattgefunden hat.

Die Ausfuhr von Trauben aus solchen Gemarkungen ist nur
gestattet, wenn Tafeltrauben, in wohl verwahrten und dennoch leicht
zu durchsuchenden Kisten oder Körben, und die Trauben der Wein-
lese eingeklopft und in äußerlich gut gereinigten Fässern sich
befinden.

Das zur Neuanlage oder Ausbesserung von Rebpflanzungen
in diesen Gemarkungen bestimmte Wurzel- oder Blindholz ist vor
der Einpflanzung unter Polizeiaufsicht zu desinfizieren, und zwar
in einem Desinfektionskasten der Einwirkung einer hinreichenden
Menge von Kohlenstoffdioxid auf die Dauer einer Stunde bei
einer Temperatur von mindestens 20 Grad Celsius auszusetzen.
Zwischenhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden mit
Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 1000
Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Die Gemeinden, in denen Gemarkung die Reblaus festgestellt
ist, werden alljährlich bekannt gegeben werden; in ihnen ist die
Errichtung einer Desinfektionsanstalt nach Vorstehenden un-
umgänglich. Beihilfen zu deren Neubeschaffung von je 50 Mark
können beantragt werden. Das Inkrafttreten vorstehender Be-
stimmungen und Strafbestimmungen ist jedoch von diesen Verfüg-
ungen nicht abhängig.

VIII. Weitere Bestimmungen.

1. Jeder, der eigene oder fremde Rebpflanzungen in Nutzung
oder Verwaltung hat, ist verpflichtet, bis zum 20. April jeden
Jahres in den sogenannten Weinbergbüchern d. h. Rebpflanzungen,
welche in den beiden zuletzt vorgegangenen Kalenderjahren nicht
mehr gebaut und ausgehandelt worden sind, die Rebstöcke mit den
Wurzeln auszuheben und an Ort und Stelle zu verbrennen. Das
auf ungebauten Flächen ausgehobener oder anderweitig einge-
gangener Weinberge wachsende Gestrüpp ist zu entfernen und die
Stämme selbst umzugraben.

Zuverlässigkeiten werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark
oder mit Haft bestraft. Außerdem können die erforderlichen Ar-
beiten auf Kosten der Säumnisse zwangsweise vorgenommen werden.

2. Wer unter vorsätzlicher Verletzung der zum
Schutze gegen die Reblaus erlassenen gesetzlichen
Vorschriften und sonstigen behördlichen Anordnungen
der Verbreitung der Reblaus Vorschub leistet, haftet
für alle daraus entstandenen Kosten einschließlich
der durch sein Verhalten veranlaßten behördlichen
Maßnahmen, zu denen auch die an Dritte zu zahlenden
Entschädigungen zu rechnen sind. Hierbei kann es
sich um beträchtliche Vermögenssummen handeln.

3. Eine weitere recht wesentliche Bestimmung ist die, daß bei
Vernichtung von Reblausgeräten die Regierung keine Entschädigung
zahlt, wenn nachgewiesen wird, daß die Vermeidung durch Ver-
schulden des Besitzers entstanden ist.

IX. Schlussfolgerungen

Diese gegen früher viel strengere Gesetzgebung zeigt dem Wein-
bergbesitzer, wie energisch die Regierung den Kampf mit der
immer drohender werdenden Gefahr der Reblaus aufnehmen.

An den Wintern und Weinbergssessoren liegt es nun mit, daß
die Reblausgesetze auch ihren Zweck erfüllen, und darum muß ein
Jeder an deren Handhabung mitwirken.

Macht ein Weinbergbesitzer eine Reblaus in den Schutzmaßregeln
gegen die Reblaus nachweisen zu können, so ist es seine Pflicht,
die Behörde darauf aufmerksam zu machen, damit Abhilfe baldigst
geschaffen werden kann.

Bei jedem Reblausbefund bedenke man, wie groß die Gefahr
der Reblausverbreitung ist und daß man nie mit Sicherheit
wissen kann, ob ein Weinbaubezirk, in dem noch keine Verfestigung
gefunden ist, auch wirklich reblausfrei ist.

Man vermeide, wenn irgend möglich, und dies wird fast
immer der Fall sein, jeden Rebenbezug aus fremden Weinbergen;
und so man glaubt, dazu gezwungen zu sein, beziehe man aus
möglichster Nähe und beobachte alle diesbezüglichen Vorschriften
genau, damit man sich nicht schwerer Strafen schuldig macht und
die Gefahr der Reblausverbreitung noch vergrößert.

Wenn alle Beteiligten mitteilen und ein wachsameres Auge
darauf haben, daß von keiner Seite absichtlich oder unabsichtlich
gegen bestehende Reblausgesetze getrieben wird, so wird es, das
wir nach den bisherigen Erfahrungen zuverlässig hoffen,
auch ferner gelingen, den Kampf mit der Winters schädlichen
Feind, wie bisher erfolgreich weiter zu führen.

Rüdesheim a. Rh., den 15. Februar 1907.

Der Landrat.

Wagner.

Die vorstehenden Bestimmungen bringe ich zur allgemeinen
Kenntnis.

Rüdesheim a. Rh., den 3. Februar 1912.

Der Landrat.

Wagner.

Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung.

Vom 4. Januar 1919.

(Fortsetzung und Schluss).

§ 6.

Die nach § 5 zur Entlassung kommenden Arbeiter sind im
Vernehmen mit dem Arbeiterausschuß nach Maßgabe des § 7
dieser Verordnung zu bestimmen.

An die Stelle dieser Ausschüsse treten in den durch § 12 der
Verordnung über die Tarifverträge, Arbeiter- und Angestellten-
ausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezem-
ber 1918 (RGBl. S. 1456) festgelegten Fällen die dort bezeich-
neten Vertretungen der Arbeiter.

Schwerkriebsbeschädigte, die auf Grund des Mannschafts-
Versorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906 (RGBl. S. 503) wegen
einer Dienstbeschädigung eine Militärrente von 50 oder mehr
vom Hundert der Vollrente beziehen, und Schwerunfallverletzte,
die auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung oder des
Unfall-Fürsorgegesetzes vom 18. Juli 1901 (RGBl. S. 211) oder
entsprechender landesrechtlicher Vorschriften eine Unfallrente von
50 oder mehr vom Hundert der Vollrente beziehen, dürfen bis
zum Inkrafttreten einer Verordnung über die Regelung des Be-
schäftigungszwanges der Schwerbeschädigten nicht entlassen werden.

§ 7.

Bei der Auswahl der zu entlassenden Arbeiter sind zunächst
die Betriebsverhältnisse, insbesondere die Erheblichkeit der einzelnen
Arbeiter zu prüfen. Sodann sind das Lebens- und Dienstalter
sowie der Familienstand des Arbeiters derart zu berücksichtigen,
daß die älteren, eingearbeiteten Arbeiter und die Arbeiter mit
versorgungsberechtigter Familie möglichst in ihrer Arbeitsstelle zu
belassen sind. Die Kriegshinterbliebenen sind angemessen zu be-
rücksichtigen.

Sagegen kommen für die Entlassung in Betracht
die nicht auf Erwerb angewiesenen Arbeiter, die in anderen
Berufen (Land- und Forstwirtschaft, Hauswirtschaft) Arbeit
finden können, besonders, sofern sie früher in diesen Be-
rufen tätig waren,
die während des Krieges von einem anderen Orte zuge-
zogenen Arbeiter, wenn sie nicht die Beschäftigung des für
diesen Ort zuständigen Arbeitsnachweises beibringen können,
daß eine Beschäftigung von Arbeitsgelegenheit an diesem
Orte oder in dessen Umgebung nicht möglich ist.

Jugendliche Arbeiter, die im Lehrverhältnis oder in ähnlicher
Fachausbildung stehen, sind zunächst auf ihren Arbeitsplätzen zu
belassen.

Die Zahl der zur Entlassung kommenden Arbeiter ist dem
zuständigen Arbeitsnachweise vom Arbeitgeber bei Ausspruch der
Kündigung anzuzeigen.

§ 8.

Bei der Entlassung der Arbeiter ist eine Kündigungsfrist
von mindestens 2 Wochen innezuhalten, soweit nicht längere
Kündigungsfristen gesetzlich vorgeschrieben oder vereinbart sind.
Entschließen sich die Arbeiter, die von einem anderen Orte zu-
gezogen sind, nach Ausspruch der Kündigung in ihre Heimat zu-
rückzukehren, so ist ihnen der Lohn für den Rest der zweimonatigen
Kündigungszeit vom Arbeitgeber auszuhändigen. Erreicht der
dem Arbeiter hierdurch zufallende Abschlagslohn den Betrag von
zweihundert Mark nicht, so hat der Betriebsunternehmer dem
Arbeiter für die Reise ein Fährgehalt von 10 vom Hundert des
Abschlagslohns zu gewähren. Angefangene Akkordarbeiten sind
in diesem Falle entsprechend dem erreichten Arbeitserfolge zu
bezahlen.

Arbeiter, die in den ersten fünf Tagen nach erfolgter Kün-
digung nach ihrem Heimatort zurückkehren, bekommen für ihre Person
und gegebenenfalls für ihre Familie freie Beförderung der Vor-
lage des polizeilichen Abmeldebescheins und einer Bescheinigung
des Arbeitgebers über den Zeitpunkt der erfolgten Kündigung.
Die Kosten dieser freien Beförderung werden vom Reiche den zu-
ständigen Eisenbahnverwaltungen erstattet.

§ 9.

Die Bestimmungen des § 8 finden keine Anwendung auf
Arbeiter, deren Beschäftigung ihrer Natur nach nur eine vorüber-
gehende oder ausschließliche ist.

§ 10.

Die gesetzlichen Bestimmungen über die Gründe einer Auf-
lösung des Arbeitsverhältnisses ohne Innehaltung der Kündigungs-
frist werden von diesen Vorschriften nicht berührt.

Als wichtiger Grund im Sinne der vorstehenden Bestim-
mungen gilt jedoch nicht der durch Mangel an Rohstoffen und Roh-
material verursachte Zwang zur vorübergehenden Betriebsein-
stellung.

§ 11.

Hat ein Tarifvertrag für die Gestaltung der Arbeitsbeding-
ungen des Berufskreises innerhalb des Reiches eines Demobilisierungs-
kommissars überwiegende Bedeutung erlangt, so kann der
Demobilisierungskommissar bei dem Reichsarbeitsamt bean-
tragen, den Tarifvertrag gemäß § 2 der Verordnung vom 23.
Dezember 1918 (§ 6 Abs. 2) für allgemein verbindlich zu erklären.
In diesem Falle gelten die Vorschriften der §§ 2 bis 6 der be-
zeichneten Verordnung entsprechend.

Das Reichsarbeitsamt kann vorbehaltslos seiner endgültigen
Entscheidung anordnen, daß die allgemeine Verbindlichkeit des
Tarifvertrags schon vor Ablauf des Verfahrens nach § 4 Abs.
1 der genannten Verordnung einzutreten hat, wenn der Demobilisierungs-
kommissar dies zur Befriedigung für notwendig hält.

§ 12.

Soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, sind die Löhne
und sonstigen Arbeitsverhältnisse gemäß der Verordnung vom
23. Dezember 1918 zu regeln.

Der in dieser Verordnung vorgesehene Schlichtungsausschuß
ist auch zuständig, wenn es sich um Streitigkeiten darüber han-
delt, ob ein Betriebsunternehmer verpflichtet ist, Kriegsteilnehmer
nach § 1 dieser Verordnung einzustellen oder Arbeiter nach § 2
dieser Verordnung weiterzubeschäftigen. Für das Verfahren in
diesem Falle gelten die §§ 15 bis 30 der Verordnung vom 23.
Dezember 1918.

Der Demobilisierungskommissar kann auch selbst bei Streitigkeiten über Einstellung von Kriegsteilnehmern oder Entlassungen von Arbeitern (§ 1 und 2 dieser Verordnung) den zuständigen Schlichtungsausschuss (§ 12 dieser Verordnung) und bei Streitigkeiten über Löhne oder sonstige Arbeitsverhältnisse gleichfalls den Schlichtungsausschuss oder die nach § 20 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 an seine Stelle tretende andere Einigungs- und Schlichtungsstelle anrufen und wie eine Partei durch Stellung von Anträgen und Teilnahme an den Verhandlungen das Verfahren fördern.

Unterwerfen sich nicht beide Parteien dem Schiedsspruch, so kann der Demobilisierungskommissar den Schiedsspruch für verbindlich erklären. Dabei kann er, soweit der Schiedsspruch die Einstellung von Kriegsteilnehmern oder die Entlassung von Arbeitern betrifft, die einzustellenden Kriegsteilnehmer oder die weiter zu beschäftigenden Arbeiter bestimmen.

Betrifft der Schiedsspruch auch die Arbeitsverhältnisse solcher Arbeiter, die im Bezirk eines anderen Demobilisierungskommissars beschäftigt sind, so stehen die im Absatz 1 bezeichneten Befugnisse dem Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung zu.

Ist ein Schiedsspruch nach Abs. 1 und 2 für verbindlich erklärt, so gelten zwischen den Betriebsunternehmern und den einzustellenden Kriegsteilnehmern Arbeitsverträge als abgeschlossen, die dem Inhalt des Schiedsspruchs und, soweit dieser eine Regelung nicht vorsieht, den Arbeitsverträgen gleichartigen Arbeiter des Betriebs entsprechen. Für die weiter zu beschäftigenden Arbeiter ändern sich in diesem Falle ihre Arbeitsverträge entsprechend dem Inhalt des Schiedsspruchs.

Ist nach § 27 Abs. 4 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 ein Schiedsspruch nicht zustande gekommen, so kann der Demobilisierungskommissar nach erneuter Verhandlung der Schlichtungsausschüsse einen Schiedsspruch herbeiführen. Hierbei hat der Demobilisierungskommissar die Befugnis eines unparteiischen Vorsitzenden. Ist ein solcher vorhanden, so scheidet es für die fraglichen Streitigkeiten aus.

In dem Falle des § 14 Abs. 2 tritt ein Vertreter des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung an die Stelle des Demobilisierungskommissars.

Das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung ist befugt, Ausführungs- und Ubergangsvorschriften zu dieser Verordnung zu erlassen.

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Den Zeitpunkt ihres Außerkrafttretens bestimmt das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung. Zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verordnung, betreffend Arbeitsverdienst bei Verkürzung der Arbeitszeit in der Groß-Berliner Metallindustrie, vom 7. Dezember 1918 außer Kraft.

Berlin, den 4. Januar 1919.

Die Reichsregierung

Ebert Scheidemann

Der Staatssekretär des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung
Roeth.

Bekanntmachung, betr.: den Nachweis landwirtschaftlicher Arbeiter.

Bei den Arbeitsnachweisen besteht großes Angebot an Arbeitskräften, während in der Landwirtschaft die Arbeitskräfte fehlen. Nach dem auf Grund der früheren Bekanntmachung freie Stellen für Herrenten in der Landwirtschaft hierher gemeldet, und zum großen Teil bereits besetzt worden sind, werden die jetzt noch freien oder in nächster Zeit frei werden Stellen für Knechte und Mägde, von den Landwirten des Kammerbezirks am zweckmäßigsten den örtlichen öffentlichen Arbeitsnachweisen des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes gemeldet. In erster Linie kommen für die Vermittlung landwirtschaftlichen Personals in Betracht:

1. der Kreisarbeitsnachweis Eimburg (Vahn), Walderdorferhof.
2. der Kreisarbeitsnachweis Beglar (Vahn).
3. der Kreisarbeitsnachweis Friedberg i. H.
4. das Städtische Arbeitsamt Frankfurt a. M., Große Friedbergerstr. 28, landwirtschaftliche Abteilung.
5. das Städtische Arbeitsamt Wiesbaden, Schwalbacherstr., landwirtschaftliche Abteilung.

Bei den Nachfragen nach Arbeitskräften ist anzugeben, ob Knecht oder Mägd gefordert wird, ferner der Tag des Eintritts, die Zahl der benötigten Arbeitskräfte, die Lohnbedingungen und ob der Arbeitnehmer für dauernd oder vorübergehend eingestellt werden soll.

Anfrage, betr. Ausländerbeschäftigung, sowie über Abbeförderung von ausländischen Arbeitern, können an den Städtischen Arbeitsnachweis Frankfurt a. M. berichtet werden, wo eine besondere Abteilung für ausländische landwirtschaftliche Arbeiter eingerichtet worden ist. Ebenso können Angelegenheiten, die sich auf ausländische landwirtschaftliche Arbeiter beziehen, Montags und Donnerstags von 8^{1/2} bis 2^{1/2} Uhr durch mündliche Besprechung bei dem Städtischen Arbeitsnachweis Frankfurt a. M., Große Friedbergerstr. 28, erledigt werden.

Landwirtschaftskammer für den Regierungs-Bezirk Wiesbaden.

Einfuhr von Büchern aus Frankreich ins besetzte Gebiet.

§ 2. Die Einfuhr von Büchern aus Frankreich ins besetzte Gebiet ist erlaubt.

Die Buchhändler, welche Bücher einführen wollen, müssen sich an den Herrn Militärkommissar in Kildesheim a. Rh. wenden.

Die Anträge müssen enthalten:

1. Den Namen der gewünschten Bücher.
2. Die Anzahl der Werke je gleicher Art.
3. Wenn möglich, den Namen des Herausgebers.
4. Die Zahlungsweise, wie sie vorgeschlagen wird.

Kildesheim a. Rh., den 14. Februar 1919.

Der Landrat.

Auf Anordnung des Herrn französischen Kreisverwalters werden nachstehende Bestimmungen veröffentlicht.

Kildesheim a. Rh., den 13. Februar 1919.

Der Landrat.

Betreffend Einfuhr aus Frankreich.

§ 2. Gemäß der letzten Verordnungen wird folgendes der Bevölkerung bekanntgegeben:

Einfuhr: Die Industriellen oder Kaufleute der besetzten Gebiete, die mit französischen Firmen in Verbindung treten möchten, um sich die nötigen Rohstoffe oder Fertigfabrikate zu verschaffen, müssen ein Gesuch an den militärischen Administrator ihres Bezirkes (Kreis) einreichen.

Solche Gesuche müssen genau bestimmen: die Art, Beschaffenheit und Quantität bezw. Anzahl der Waren oder der Artikel, welche eingeführt werden sollen, auch wenn möglich den Namen und die Adresse der französischen Fabrikanten, welche in der Lage sein könnten, diesen Anträgen zu entsprechen.

Ausfuhr: Die Industriellen und Kaufleute, die ihre Produkte usw. nach Frankreich verschaffen möchten, können auch ein Gesuch in ähnlicher Weise einreichen.

Die dem Buchhändler und Wegger Emil Hallgarten aus Winkel von dem Buchhändlerverband für den Regierungsbezirk Wiesbaden entgangene Ausweisurkunde ist diesem unterm 9. v. Mts. wieder zugestellt worden.

Kildesheim a. Rh., den 17. Februar 1919.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.

An die Herren Standesbeamten des Kreises.

Die bestellten Regeln für die Pflege und Ernährung der Kinder im ersten Lebensjahre und die Pflege der Wöchnerinnen können nicht geliefert werden, da die Beschaffung derselben infolge der Einschränkung des Postverkehrs unmöglich ist.

Kildesheim a. Rh., den 14. Februar 1919.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.

Unsere Außenpolitik.

Unter den begreiflichen Nöten und Sorgen, denen das deutsche Volk zur Stunde sich gegenübersehen muß und die es naturgemäß umso mehr bedrängen, weil die ganze Selbsthaltung und die Befriedigung der Bedürfnisse für des eigenen Lebens Bedarf in Frage gestellt ist, wird leider vergessen, den Blick nach vorn zu lenken, wo nicht minder über deutsche Zukunft und der Deutschen Geschick entschieden wird. Es ist nachgerade ein nationales Gebot, sich rechtzeitig Klarheit darüber zu schaffen, wie wir als Volk künftighin den fremden Mächten und Völkern gegenüber stehen sollen. Es handelt sich hier um die schwerwiegendsten Fragen, die nicht nur die Diplomaten und Berufspolitiker, sondern jeden einzelnen von uns angehen.

Augenblicklich sind uns in der Außenpolitik gewiß die Hände gebunden. Aber es wäre von den verhängnisvollen Folgen, deshalb nun anzunehmen, daß wir nichts tun könnten, um jetzt schon die künftigen Beziehungen Deutschlands zum Ausland in ihrer Gestaltung zu beeinflussen. Es ist ein besonderer Erfahrungssatz, insbesondere der Außenpolitik, daß derjenige, der sich nicht regt, und wenn es sein muß, nicht schreit, niemals zu der Achtung und Geltung gelangen kann, deren er notwendigerweise zur Durchsetzung seiner Ansprüche und zur Wahrnehmung seiner Interessen bedarf.

Uns steht in dieser Hinsicht ungeheuer viel zu tun übrig. Es ist aber auch die höchste Zeit, daß wir unsere Aufmerksamkeit diesen außenpolitischen Fragen zuwenden, den Fragen also insbesondere unserer künftigen politischen und wirtschaftlichen Arbeits- und Interessen-Verhältnisse mit den andern, gegenwärtig von uns abgeschnittenen Mächten. Ein Land, das seinen Außenhandel, seine auswärtigen Beziehungen, seine Absatzgebiete hat, ist dem Siechtum, dem wirtschaftlichen Tod preisgegeben. Aber nicht allein das, es gilt auch unsere politischen Interessen draußen wahrzunehmen. Es ist größte Eile geboten, wenn wir unsere Ansprüche noch rechtzeitig anzumelden in der Lage sein wollen. Auch hierbei müssen wir uns regen. Wir dürfen den Gegnern durch unser Verhalten nicht Anlaß zu dem Glauben geben, daß das außenpolitische Interesse bei uns durch die Inanspruchnahme von inneren Sorgen ersiekt worden sei.

Es ist demgemäß mit einer der ersten Pflichten und Aufgaben der Nationalversammlung, daß sie in einer machtvollen Kundgebung den Willen des deutschen Volkes zur Geltendmachung dieser Lebensrechte im Rate der Völker bekundet. Durch eine solche machtvolle Aktion kann noch vieles gerettet werden, was jetzt im Grabe der inneren Ereignisse verloren zu gehen droht. Der Wille zum Leben, der im deutschen Volke allen schweren Leistungen zum Trost fest wurzelt, darf nicht erlahmen, er muß vielmehr von den Erfahrungen der letzten Jahre befruchtet und gestärkt in neuem Geiste und in neuen Zielen mit vermehrter Tatkraft als je zuvor sich äußern.

Die Nationalversammlung.

E. Sitzung.

Der Kreisausschuß der Nationalversammlung hat beschlossen, die Beratung der dem Hause zugegangenen Kreditvorlage über 25 Milliarden Mark mit der allgemeinen Debatte über die politische Lage zu verbinden. Dementprechend erstattete der Reichsminister, Herr Schiffer, einen ausführlichen politischen Bericht. Der neue Leiter der Reichsfinanzverwaltung ist als Sachkenner auf dem ihm anvertrauten Spezialgebiete bekannt, und seine Rede ließ erkennen, daß er an die Lösung der Aufgabe seines neuen Amtes nicht nur als reiner Finanzmann, sondern auch als Politiker herangetreten gewillt ist. Denn er betonte mit Nachdruck, daß er den ihm zugewiesenen Aufgabekreis in den Rahmen der Gesamtpolitik des Deutschen Reiches einzuordnen beabsichtige. Die Fragen, die er erörterte, berühren einen Gegenstand, der jeden einzelnen von uns sehr nahe berührt. Gleichwohl ist es eine Eigentümlichkeit finanzpolitischer Reden, daß sie nur bei einem Bruchteil von denen, die sie anhören, lebhaftes Interesse wecken. Man hatte auch den Eindruck, als wenn die wie immer stark besetzten Tribünen während des ersten Teiles der heutigen Verhandlungen nicht auf ihre Rechnung gekommen wären. Neben rein finanztechnischen Ausführungen entfaltete seine Rede aber auch viel politische gefärbte Sätze. Bei seiner Kritik an unserer Finanzverwaltung während des Krieges dachte man daran, welcher Umkehrung sich doch, wie in so vielen Dingen so auch in der Beurteilung dieses Gegenstandes, bei uns bedrohen hat. Er betonte, daß unsere Finanzwirtschaft sich auf der Annahme aufgebaut habe, daß wir nur einen kurzen Krieg haben würden. Der Minister nahm kein Blatt vor den Mund, um das Raubwesen beim richtigen Namen zu nennen, welches sich nach Ausbruch der Revolution in der Verschleuderung des Heeresgutes entwickelt hat. Mit erschütternder Deutlichkeit sprach der Minister gegen die Gerüchte, als ob eine Annulierung der Kriegsanleihen und eine Beschneidung der Spargebühren geplant sei.

Dann kam der Redner der Unabhängigen, Herr Haase, zu Wort. Nach kurzen Bemerkungen über die Rede Schiffers wandte er sich sofort gegen Scheidemann, der anfänglich ruhig in seinen Zeitungen främte, sich dann aber dem Redner mit größerer Aufmerksamkeit zuwandte, ohne sich jedoch im allgemeinen durch die Polemik seines unabhängigen Parteigenossen aus der Reihe bringen zu lassen. Nur einmal verließ der Ministerpräsident die Selbstbeschränkung, als Haase der Regierung vorwarf, daß nur sie allein in den letzten Wochen Gewaltpolitik betrieben habe. Bei diesen Worten warf Scheidemann erregt seinen Blick auf den Tisch, hatte sich dann aber bald wieder in der Gewalt. Die Rede Haases lief auf einen Lobgesang auf die Kriegspolitik der Unabhängigen und auf eine Verteidigung der Haltung seiner Parteigenossen und mehr oder weniger auch der spartakistischen Bewegung hinaus. Herr Haase setzte die von seiner Partei in den

bestrittenen kritischen Wochen betriebene zweideutige Politik fort, indem er einerseits den Trennungsfrieden gegen Spartakus zu ziehen suchte, andererseits aber Grundsätze vertat, bei deren Befolgung durch die Regierung die Schreckensherrschaft der Spartakisten noch heute durch Berlin toben würde.

Während der Rede des Führers der Unabhängigen kam es wiederholt zu erregten Szenen, so z. B. die Mehrheit des Hauses die Bezeichnung Liebknecht als eines wehrlosen Gefangenen nicht ohne Widerstand hinnehmen wollte. Die Unabhängigen und besonders Herr Geper tobten förmlich, als von der rechten Seite aus der Mitte des Hauses diese Ausdrucksweise demängelt wurde. Alles, was Herr Haase an theatralischer Gebärde aufbringen konnte, leistete er in den Tönen seiner Dialektik, die er dem Nachweis widmete, daß Liebknecht, Rosa Luxemburg und noch ein paar andere Opfer aus der Spartakusgruppe unschuldige Opfer einer Gewalttätigkeit gewesen seien. In seinem Rufe war offenbar der Gedanke an die Hunderte von unschuldigen Opfern, die das Opfer Spartakus in verschiedenen Städten Deutschlands geworden sind, seinen Raum. Insofern bot die Rede ein typisches Beispiel für die Vergriffenheit, die in den Köpfen der äußersten Linken Platz gegriffen hat. Nur mit einem Gefühl des Widerwillens hörte man Herrn Haase das Gefühl der Menschlichkeit empfehlen und loben.

Die Abrechnung mit Herrn Haase ließ nicht lange auf sich warten. Sie folgte wie der Donner auf den Hagel. Sofort nach Haase trat Roßke an. Rednerpult und dann vollzog sich ein böses Strafgericht an Herrn Haase und seinen Gefinnungsgegnern. Die Verhöhnungen saßen die Erläuterungen und Feststellungen Roßkes auf die Unabhängigen harte. Herr Roßke konnte seine Pappentheater, und was er aus dem überreichen Schatz der traurigen Erfahrungen, die er als Landesverteidigungsminister sammeln konnte, mitteilte, das warf das Gebilde der Haaseschen Konstruktionen wie ein Kartenhaus über den Haufen. Raat und bloß stand das Scheusal. Spartakus, vor der Nationalversammlung und vor dem ganzen deutschen Volke. Das Haus unterbrach seine Feststellungen mit starkem Beifall, gegen den die Unabhängigen vergebens anzulären suchten. Am 15. Februar sind Spartakus und seine unabhängigen Freunde so wirklich an den Pranger gestellt worden, wie noch nie zuvor. In einem Augenblick, als Herr Roßke seine Rede auf die Unabhängigen besonders tüchtig niederhauen ließ und diese sich lärmend dagegen aufbäumten, erhob sich der Ministerpräsident, trat an das Rednerpult und sprach einige Worte zu Herrn Roßke. Er wird ihm wohl noch das eine oder andere wirksame Argument an die Hand gegeben haben. Obwohl Herr Haase doch lange genug die Zeit des Hauses in Anspruch genommen hatte — wir wollen anerkennen, daß er durchaus nicht langweilig geworden ist — so konnte er sich doch während der Rede des Herrn Roßke wieder nicht genug um in lauten Zwischenrufen und ersonnenen Vadausbrüchen. Als er wieder einmal besonders laut wurde, schwang Herr Lehrenbach die Glocke und sagte, zu Herrn Haase gewandt: Ich erlaube mir, Sie daran zu erinnern, daß Sie vorher ziemlich lange gesprochen haben! Er hatte mit dieser humorvollen Bemerkung die Lächerlichkeit auf seiner Seite.

Als letzter Parteiredner kam Herr Nießer von der Deutschen Volkspartei zu Worte, der aber, zumal in Anbetracht der vorgedauerten Stunde, nicht mehr das Interesse des Hauses zu fesseln vermochte. Sogar die Zuschauertribüne, deren Besucher am ausdauerndsten an sein Pflegen, leerte sich bis auf wenige ganz besonders febrile Leute. So verlief die große Debatte in ihrem ersten Stadium sozusagen im Sande. Ihr Höhepunkt war am Tage vorher bereits überschritten.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der sozialdemokratische Abg. Duse in Essen, der in zwei Wahlkreisen für die preussische Nationalversammlung gewählt worden ist, hat das Mandat für den Wahlkreis Amsberg abgelehnt, wo an seine Stelle der Beamte des Alten Bergarbeiter-Verbandes Husmann in Bochum trat.

Von süddeutschen Abgeordneten ist folgende kleine Anfrage in der Nationalversammlung eingebracht worden: Städte und Lieferungsverbände haben dem Reiche während des Krieges Milliarden für die Kriegsfürsorge vorgeschossen. Zu diesen enormen Leistungen kommen jetzt die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge, deren vorläufige Leistung das Reich wider den Gemeinden und Städten auferlegt hat. Die Ausbringung der Zinsen für diese vorgeschossenen Summen beeinträchtigt die Aufgaben der Kommunen und der Kreise auf das schwerste. Ist die Reichsregierung bereit, alsbald, und bis zu welchem Termin, den Kommunen und Lieferungsverbänden diese vorausgelagten Gelder zurückzuerstatten?

Die Besprechungen des Reichsfinanzministers Dr. Schiffer mit den einzelstaatlichen Finanzministern haben das Ergebnis gehabt, daß die Vermögenssteuer auf das Reich übergehen, dagegen die Einkommensteuer den Einzelstaaten vorbehalten bleiben soll mit der Einschränkung, daß das Mehreinkommen vom Reiche erfasst werden kann.

Aus dem Vatikan.

Benedikt 15. verfolgt die Entwicklung der Friedensverhandlungen mit gespannter Aufmerksamkeit. Durch seine Sonderbotschafter in Paris wird er genau auf dem Laufenden gehalten. Wie aus vatikanischen Kreisen verlautet, ist der Papst sehr zufrieden, daß es dem Präsidenten Wilson gelungen ist, vor den Gebietsfragen die Frage des Völkerbundes zur Verhandlung zu bringen, der auch vom Vatikan als Hauptstützpunkt des Friedens betrachtet wird. Dieser Erfolg Wilsons bildet dem Gegenstand wiederholter Besprechungen des Papstes mit Mitgliedern des heiligen Kollages. Die Genugung des Papstes ist um so größer, als Benedikt 15. dem Präsidenten Wilson eine wirksame Schaffung des Völkerbundes besonders ans Herz legte.

Türkei.

Die „Neue Korrespondenz“ läßt sich aus Athen melden, daß nach den letzten Nachrichten aus Konstantinopel eine große Anzahl türkischer Familien die Stadt verlassen hat, um nach Athen auszuwandern. Der Sultan und die Prinzen sollen demnächst ebenfalls abreisen. Alle Dardanien in Konstantinopel seien weggezogen. Die Stadt ist ruhig.

Allerlei Nachrichten.

Die endgültigen Bedingungen.

Bern, 19. Febr. Das „Welt Journal“ will wissen, daß die definitiven Waffenstillstandsbedingungen in etwa acht Tagen den deutschen Delegierten vorgelegt werden können.

Präliminarfrieden in Sicht?

Weimar, 19. Febr. Das Kabinett trat Dienstag vormittag zu einer Sitzung zusammen. Infolge einer neuen, im Laufe dieser Nacht in Weimar eingetroffenen Nachricht, machte sich eine abermalige Besprechung notwendig. Man rechnete damit, daß noch im Laufe dieser Woche eine Antwort des Verbandes auf das Ersuchen der deutschen Regierung wegen der Herbeiführung eines Präliminarfriedens erfolgen wird.

Friedensausichten.

Aus London wird berichtet: Lloyd George erklärte im Unterhause, der Präliminarfrieden werde bis spätestens Ende April unterzeichnet sein.

Die Lebensmittelversorgung.

Die ersten amerikanischen Lebensmittel für die Reichshauptstadt befinden sich bereits auf dem Wege nach Berlin. Sie sollen etwa Mitte dieser Woche in Berlin eintreffen. Amerika hat zur Bedingung des Transports gemacht, daß er bei seiner Ankunft und bei der Verteilung von einem amerikanischen Truppenkommando beschützt ist, weil sonst Plünderungen befürchtet werden.

Ausgewiesen.

Die „Frankf. Zig.“ meldet aus Ludwigshafen: Eine große Bewegung verursacht eine Bekanntmachung des Bezirksamtes. Ausgenommen sind nur solche Personen, deren Verbleiben aus wirtschaftlichen Gründen notwendig ist. Die Maßnahme erstreckt sich auch auf garnisonfähige und wegen Krankheit entlassene und reklamiert gewesene frühere Heeresangehörige. In einer von 6000 Personen besuchten Versammlung von Ausgewiesenen wird mitgeteilt, daß in Mannheim von der Maßnahme 20 000 Personen betroffen würden. Ein Ausschussmitglied der Ausgewiesenen erklärte, daß bei den Verhandlungen mit dem französischen Oberst Wimpfen dieser auf die Frage, was geschehe, wenn die Ausgewiesenen Mannheim nicht verlassen würden, erwiderte, daß man würde Mannheim besetzt.

Reichswehrminister Roske.

Dem Reichswehrminister Roske sind bei seinem Amtsantritt sämtliche Kriegsministerien der Bundesstaaten unterstellt worden. Die Büros des jetzigen Reichswehrministers waren bisher im Reichstagspalais. Zum Teil auch im Generalland untergebracht. In den nächsten Tagen wird Roske mit seinem Stab in das bisherige Marineministerium in der Bendlerstraße übersiedeln. Der bisherige Verbindungsfahndung zwischen Kriegsministerium und Reichslandwehr tritt zu Roskes Stab über. Major v. Gilsa wird Chef des Stabes, Hauptmann Schmidt der Erste Mitarbeiter nach dem Stabschef. Unter diesen beiden Offizieren, die den bisherigen Verbindungsfahndung zwischen Kriegsministerium und Reichslandwehr gebildet haben, steht sich der Stab des Reichswehrministers aus je einem bayerischen, sächsischen und württembergischen Offizier, sowie einigen anderen Offizieren der großen Bundesstaaten zusammen.

Versenkung der U-Boote.

Eine Verbandskommission hat angeordnet, daß alle U-Boote auf der Germaniawerft, die bis zum 17. Februar nicht abgebaut sind, versenkt werden sollen. Die Werft hat bisher nur eine einfache Schicht arbeiten lassen, um Arbeit für die Leute zu haben. Nun war die Kommission mit dem Fortschritt der Arbeit unzufrieden und verfügte diese Maßregel.

Hamburg.

Die Raubzüge größerer bewaffneter Banden im benachbarten Wilhelmshafen haben derart überhand genommen, daß nicht nur der Versorgungszustand verhängt wurde, sondern auch mehrere Kompanien Truppen entsandt werden mußten. Die Banditen haben die Gemeindefestungen, Eisenbahnstationen, die Gemeindefestungen etc. geplündert. Dabei sind solche Mengen Lebensmittel geraubt worden, daß die Lebensmittelversorgung Hamburg in Frage steht. An diesem Zustande steht man dank den „Segen“ der Volksgewalt.

Aus dem Ruhr-Gebiet.

In Dorsten und Hordtshausen sind Reglementstruppen aus Münster zur Besetzung eingezogen. Die Truppen sollen die Ruhe und Ordnung im Dorsten Bezirk wiederherstellen und insbesondere die Aufklärung der Ermordung des Bureauvorstehers Sahlmann ermöglichen. Die Untersuchung dieser Mordtatsache wurde bisher gewaltsam verhindert. Der Kommandeur der Truppen hat gemeinsam mit dem Landrat und dem Bezirks-Vorsteher die Besetzung in einem Aufsatze an die Bevölkerung mitgeteilt und ausdrücklich hervorgehoben, daß sich der Einzug der Reglementstruppen nicht gegen die Arbeiter und den Arbeiterrat richte. Trotzdem sind die Vergleiche von zwei Schächten der Fabrika, General Blumenhof, wegen der Heranziehung der Truppen in den Aufstand getreten. Sie wollten durch den Streik die Zurückziehung der Truppen erzwingen.

Spartakisten wollen Duisburg angreifen.

Trotz der bürgerlichen Besatzung planen die Spartakisten der umliegenden Städte, nach einer Meldung der Telegraphen-Union, einen allgemeinen Angriff gegen Duisburg, das allein noch nicht unter ihrer Herrschaft ist. Sie beschließen die Bevölkerung nach Düsseldorf für den jetzigen Oberbürgermeister in Aussicht genommen. Ein in Duisburger Wälder eingerichtetes Waffenlager der Spartakisten wurde ausgehoben. Die Bürgerwehr rüft sich energisch zur Abwehr.

Gegen die A.S.-Mär.

In einer in Essen (Ruhr) abgehaltenen Revierkonferenz der Beamten und Arbeiter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, die sich mit den zunehmenden Übergriffen von Organen der A.S.M. in die Eisenbahnverwaltung befaßte, wurde die Entfernung der Arbeiter- und Soldatenräte von den Eisenbahnen verlangt und für den Fall der Ablehnung dieser Forderung ein vollständiger Proteststreik der Eisenbahner in den Direktionsbezirken Essen, Gelsenkirchen und Münster angekündigt.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Verkehrs-Verbesserungen.

Östlich-Winkel, 20. Febr. Ab Dienstag, den 18. ds. Mts. treten verschiedene Fahrplanänderungen ein und fahren die Züge von jetzt ab:

Von Mainz-Wiesbaden nach	ab Ostlich-Winkel	7.14 vorm.
Kümmershausen		
Höchst nach Niederlahnstein		9.00
Mainz	Niederlahnstein W	2.08 mitt.
Höchst	Niederlahnstein	4.42 nachm.
Mainz	Niederlahnstein W	6.58 abends
Höchst	Niederlahnstein	8.17
Frankf.	Niederlahnstein	9.19
Niederlahnstein nach Höchst W ab		5.08 morg.
Niederlahnstein	Höchst	6.30
Mainz	Wiesbaden	
Niederlahnstein	Höchst	9.17
Niederlahnstein	Höchst	11.14
Niederlahnstein	Mainz W	12.42 mitt.
Niederlahnstein	Höchst	8.02
Mainz	W	6.09 abends
Höchst		8.14

W = Wochentag.

Höhere Schneiderrückung.

Östlich, 20. Febr. Borigen Sonntag den 16. Febr. hielt die Rheingauer Schneiderrückung eine Versammlung ab, in der unter anderem auf der Tagesordnung stand: Erhöhung der Faser-Preise infolge der Preissteigerung der Arbeitslöhne und der Rohprodukte. Es wurde einstimmig beschlossen einen Tarif aufzustellen, der die Mitglieder verpflichtet, danach zu arbeiten. Es darf daher die Rundschicht nicht befremden, wenn die Rechnung der Schneider etwas höher wird.

Kirchenraub.

Kiedrich, 16. Febr. Ein fahrbrechiges Verbrechen wurde hier ausgeübt. In der Nacht von Donnerstag auf Freitag, der Vornacht zum Feste unseres Kirchenpatrons, sind Räuber in unsere Kirche eingebrochen. Sie raubten den Schmuck von der Statue des hl. Valentin, nahmen ein goldenes Kreuz vom Hochaltar, brachen silberne Verzierung von Tabernakel und versuchten, den hl. Schrein zu erschlagen. Türe und Schloß leisteten gottlob Widerstand genug, um das Allerheiligste zu schützen. Große Enttäuschung macht sich in der Bevölkerung kund. Möchte es gelingen, der Verbrecher habhaft zu werden.

Arbeitsjubiläum.

Winkel, 18. Febr. Heute ist Herr Philipp Bäder 30 Jahre in der hiesigen Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont & Co. als Dreher beschäftigt.

Lebensmittelzulagen für kleine Kinder.

Niederlahnstein a. Rh., 18. Febr. Es besteht Unklarheit darüber, auf welche Lebensmittelzulagen die kleinen Kinder Anspruch haben. Wie, wir von zuständiger Stelle erfahren, sollen alle Kinder unter 2 Jahren bekommen mindestens 30 gr. Zucker täglich 200 gr. Weizenmehl, gewöhnlicher Ausmahlung wöchentlich oder zweimal ohne Brotkarte, dazu Zwieback gegen Weizenkart.

Dieseationen sind als Sonderzulagen zu betrachten. Außerdem erhalten alle Kinder alle Lebensmittelkarten, bzw. die ihnen danach zugehörenden Lebensmittel, nur die Fleischkarte wird den Kindern unter 6 Jahren nur zur Hälfte gewährt.

Reine Gemeindefestungen.

Niederlahnstein a. Rh., 19. Febr. Wie wir hören, hat der Magistrat in seiner jüngsten Sitzung beschlossen, keine Wahlen zur Stadtorordnetenversammlung auszusprechen, da sie jeder rechtlichen und gesetzlichen Grundlage entbehren.

Carlsburg, 19. Febr. Die Stadtorordnetenversammlung beschloß einstimmig, entschiedene Bewahrung dagegen, daß ohne Anhörung der in Rede stehenden preussischen Landesversammlung die Regierung eine derart in das Gemeinleben eingreifende Verordnung erläßt, gerade zu einer Zeit, wo die Gemeinden mitten in den schwersten Aufgaben des Wiederaufbaus ihres wirtschaftlichen Lebens, Regelung der verworrenen Finanzen und der überaus schwierigen Ernährungsfragen stehen, Aufgaben, die zur Erledigung nur mit Hilfe einer fleißigen, eingearbeiteten Verwaltung möglich sind.

Erhebung von Gebühren verboten.

Der franz. Bezirkskontrollleur Jouanny in Lauterbach gibt bekannt: Nachdem ein Bürgermeisteramt des Bezirks sich erlaubt hat, für die Ausstellung von Ausweisen eine Gebühr von 50 Pfg. zu verlangen, mache ich von der Gelegenheit Gebrauch, um der Bevölkerung mitzuteilen, daß die französische Verwaltung im Bezirk gänzlich unentgeltlich arbeitet, also weder eine Entschädigung oder ein Trinkgeld verlangt. Jeder Bewohner, der von einem Franzosen um eine Entschädigung angegangen wird, hat mir sofort Mitteilung davon zu machen und jeder Bewohner, der eine Entschädigung oder ein Trinkgeld usw. anbietet, wird wegen Verletzung der gesetzlichen Vorschriften verfolgt werden. Obiges Bürgermeisteramt muß die gegenwärtigen Gebühren unverzüglich zurückzahlen.

Keine Herabsetzung der Brottration.

In Berlin, Frankfurt a. M. und anderen deutschen Städten verlautete dieser Tage in ziemlich bestimmter Form, daß die Brottration alsbald eine sehr erhebliche Verringerung erfahren würde. Diese Gerüchte werden von den zuständigen Stellen in Berlin mit allem Nachdruck als unbegründet bezeichnet.

Eine Kalenderreform.

Wie sie in Deutschland schon lang vorgeschlagen wurde, wird von französischen Gelehrten vorbereitet. Um den Kalender zu vereinfachen, wird die Aufnahme von ein oder zwei Zusatztagen „außerhalb des Jahres“ vorgeschlagen, je nachdem es sich um ein normales Jahr oder ein Schaltjahr handelt. Auf diese Weise würden die Vierteljahre alle gleichmäßig 91 Tage erhalten und auf dieselben Tage dieselben Daten entfallen. Dieser neue Kalender würde eine große Ersparnis im Rechnen und Berechnen der einzelnen Tage mit sich bringen.

Der Verkehr auf dem Rhein.

Vom Mittelrhein, 20. Febr. Der Schiffsverkehrsverkehr konnte während des Eisganges des Rheines nicht

besonders lebhaft sein. Da der Eisgang aber sein Ende erreicht hat und auch steigendes Wasser im Anzug ist, so kann man mit einem stürzenden Verkehr jetzt rechnen. Augenblicklich macht sich freilich der Nebel als besonderes Hindernis geltend. Vor einer Woche noch herrschte ein harter Betrieb auf dem Rhein. Durch den Rückgang des Wasserstandes waren übrigens Landungsseilstrahlungen und Ueberflutungen nötig geworden.

Zur Warnung.

Der Direktor einer Wiesbadener Bank, der vor einigen Tagen eine Reise nach Frankfurt a. M. auf dem Fuß eines Handlungsgehilfen unternommen hatte, wurde bei einer Kontrolle angehalten. Von dem kommandierenden General der Besatzungsarmee wurde er in eine Geldstrafe von 1500 Mark genommen. Ein Kaufmann in Kreuznach wurde zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt, weil er nach dem nichtbesetzten Deutschland einen Privatbrief mit dem Vermerk „Geschäftsbrief“ zu besichern versuchte und sich dabei eines gefälschten Umschlages bediente. Ein Fräulein in Sobernheim wurde zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurteilt, weil sie versucht hat, sich einer verbotenen Vermittlung und eines gefälschten Umschlages zu bedienen, um einen Privatbrief nach dem nichtbesetzten Deutschland zu schicken.

Raubmord.

Oberstein-Idar, 19. Febr. An der 15 Jahre alten Verta Bus aus Hittenrodt wurde ein noch bis jetzt unangestrichener Mord verübt. Die Eltern schickten die Tochter am Vormittag zur 1 Stunde entfernten Apotheke nach Idar. Gegen 11 Uhr trat sie von Idar aus den Heimweg nach Hittenrodt an. Um 12 Uhr land eine Frau das Mädchen auf dem Trimbberg, nur ca. 700 Meter vom elterlichen Hause entfernt, mit einer Schusswunde in der Stirn, bewußtlos im Wege liegend vor. Um 4 Uhr verschleppte das Mädchen, ohne das Bewußtsein erlangt zu haben. Durch einen Gendarmen aus Idar und einen Arzt aus Oberstein wurde der Leichenbefund aufgenommen. Bis jetzt ist noch nicht bekannt, ob die Ermordete, die noch den Eindruck eines Schulkindes machte, vorher vergewaltigt wurde oder ob es sich um einen Raubmord handelt, da der Täter dem Mädchen das Handtäschchen entzogen hat. Die bedauernden Eltern sind durch den Mord schon hart betroffen worden, da dem Vater der Ermordeten ein Bein abgeschossen wurde.

Vermischtes.

Ständebild. Die Bonner Deutsche Reichs-Zeitung schreibt: Wie ein Faustschlag ins Gesicht muß es jeden Denker treffen, wenn man folgende, im Bonner General-Anzeiger veröffentlichte Anzeige liest: „Wer leidet oder verläßt (gegen Lebensmittel) einem Fräulein ein hübsches Gastmahl-Roskum? Off. u.“ Der Hunger vor der Tür, die Wunden noch zu frisch, die uns geschlagen und schon diese Sucht nach nährlichem Land! Ramm man's glauben! — „Gegen Lebensmittel“ heißt es in dem Inserat. Das heißt der Sache ein besonderes Licht nach auf.

Hauskery. Im „Odenwälder Anzeiger“ findet man folgende interessante Geschichte, die sich in Lindensfeld angetragen haben soll: Ein Schreibmädchenfräulein von Höchst a. M., welches zur Erholung hier weilte, benutzte die Gelegenheit des Herzens, um auf den umliegenden Dörfern zu hausieren. Bei guter Kost, reichlicher Milch und Eiern usw. lebte sie herrlich und in Freuden und konnte nicht genug die Vorteile, die man in Lindensfeld genoss, rühmen. Sie hat täglich eine kleine Hauskeryreise unternommen, um sich für schlechte Zeiten in Höchst etwas Reserve zu schaffen. Das wäre nun alles schön und gut gewesen und kein Mensch hätte daran gedacht, das alles für strafbar zu halten, wenn das Fräulein in allzu großer Freude über ihre Erfolge gegenüber den anderen Erdenbewohnern mehr Stillstehen bewahrt hätte. Sie erzählte in ihrem Bekanntenkreis von ihren Mühen, insbesondere, was sie schon alles zusammengekauft hatte, bis endlich auch die Dorfgemeinde von den erfolgreichen Vorfällen hörte. Trotz der Revolutionzeit tun diese Staatsbeamten ihre Pflicht: sie erkundigten sich im stillen, wann die Abreise des Fräuleins stattfinden sollte, und als der Tag gekommen war, fanden in aller Frühe vor der Haustür des Fräuleins zwei gefesselte Mannen des Sicherheitsdienstes, welche einzutreten begehrt. Bei einer oberflächlichen Untersuchung des Zimmers entdeckten sie nicht weniger als 186 Eier und 18 Pfund Butter, welche sie beschlagnahmten und die jetzt zur Freude der Dorfbewohner unter diese zur Verteilung kommen. Außer dem Verlust der Butter und Eier hat sich das Fräulein nun auch noch vor dem Amtsgericht in Kärth zu verantworten.

Weinzeitung.

Aus dem Rheingau, 19. Febr. Die Vereinigung Rheingauer Weingutsbesitzer wird trotz der bestehenden Schwierigkeiten ihre Frühjahrsversammlungen in gewohnter Weise im Mai abhalten. Gegen 300 Halbpäck sind bereits angemeldet; andere werden folgen. Die Hauptmasse der Versammlung wird der 1918er ausmachen; doch kommen auch noch einige Vorken älterer Jahrgänge zum Ausgebot. Somit sind die früheren Jahrgänge im ganzen Rheingau ausverkauft. Auch der 1918er Wein der Winger und Weingutsbesitzer, welche nicht zu jener Vereinigung gehören, ist bereits größtenteils in andere Hände übergegangen. Der Durchschnittspreis betrug zuletzt 4500—5500 und verteilt darüber für das Stück. Man darf geradezu von Massenerlösen reden. In manchen Rheingauorten war fast ein Sturm auf Wein im Gange und der Wettbewerb noch lebhafter, als selbst bei dem 1917er Wein im vorigen Frühjahr. Trotz Steigens der Preise halten noch mehrere Winger bis zum Abbruch zurück, der bereits begonnen hat.

Verantwortlich: Adam Etienne, Ostlich.

Gefang- und Gebetbücher

in reichhaltiger Auswahl empfiehlt

Adam Etienne, Ostlich a. Rh.

Oeffentliche Bekanntmachung.

In das Handelsregister Nr. 235 des unterzeichneten Amtsgerichts ist heute eingetragen worden. Der Kaufmann Peter Josef Basting hat das von ihm unter der Firma Peter Josef Basting in Winkel betriebene Handelsgeschäft auf den Kaufmann Hermann Josef Basting übertragen, der es unter unveränderter Firma weiterführt.

Winkel a. Rh., den 18. Januar 1919.
Amtsgericht.

Güter-Versteigerung.

Am Samstag, den 22. Februar,
vormittags 11 Uhr,

läßt Frau Balthasar Fuhrmann, Deßlich, nachstehende Weinberge, Keder und Wiese auf dem Rathause zu Deßlich unter günstigen Zahlungsbedingungen öffentlich versteigern:

Weinberg Halbesloch	4,98 Hk
" Pfänger	8,53 "
Keder Kted (am Hallgarterweg)	9,09 "
Weinberg Sandkaut	20,76 "
Wiese am der Heimbach	2,36 "
Keder Kallgasse	4,79 "
Weinberg Kinsgasse	8,08 "
" im Gansbaum (Gemarkung Mittelheim)	8,98 "

! Photographie !

Moderne Photos in künstlicher Ausföhrung.

Spezialität: Stiegen.

Vergrößerungen nach jedem Bilde.

Schnelle Lieferung.

Kleine Preise.

Kunstmaler: von 9-1 und 3-7 Uhr.

Sonntags „10-2 Uhr.

Photographie E. Schmidt

Wiesbaden, Michelberg 1.

Haltestelle der elektr. Linie 2 (rot) und 3 (blau).

Institut für vornehme

Ehevermittlung.

Frau Ella Tischler, Wiesbaden

Grabenstrasse 2¹. — Telephon 3973.

Elfämische Bankgesellschaft

Filiale Mainz.

Aktienkapital Mk. 20 000 000.

— Statut Nr. 52 und 91 —

Verzinsung von Spargeldern zu
günstigen Zinssätzen.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Ausführung sämtlicher in das Bankfach einschlagenden
Geschäfte.

Verschwiegenste u. zuverlässigste Erledigung
aller Angelegenheiten.

Flaschen- Seidenpapiere

in reichhaltigster Auswahl
empfehle in hervorragenden Qualitäten
billigst

ADAM ETIENNE,
OESTRICH A. RH.

Buch- und Steindruckerei

Fernsprecher Nr. 5.

Möbel und Betten

:: in grosser Auswahl ::
zu sehr billigen Preisen.

Neu aufgenommen!

Sessel- Stuhlsitze u. Liegestühle

:: Grosse Auswahl ::
zu den billigsten Preisen.

Gebr. Hallgarten, Bingen a. Rh.

Schmitt-
str. 23.

Wir nehmen beim Einkauf Kriegs-Anleihe in Zahlung.

Gegründet 1842.
L. RETTENMAYER
G. m. b. H.
WIESBADEN.



Zentrale: Nicolastrasse 5.

Fernsprecher: Nr. 12, 115, 124, 242, 2376 (Direktion 661f).

Telegramm-Adresse: Rettenmayer, Wiesbaden.

Möbeltransporte von u. nach allen Plätzen.

Ueber-Land-Umzüge.

Lagerung ganzer Wohnungseinrichtungen, Reisegepäck und
Speditionsgüter im
Wiesbadener Möbelhaus: 8000 qm Lagerfläche.
Sicherheitskabinen.

Spedition,
Rollfuhrwerk,
Lager,
Incasso,
Versollungen.



Sammelladungen,
Commission,
Garten-Kies-
Verkauf
Versicherungen.

Reise-Büro: Kaiser Friedrich Platz 2.
Amtliche Fahrkarten-Ausgabe ohne Aufschlag.
Schlafwagenkarten. — Amtl. Gepäckabfertigung
und Beförderung zu und von den Zügen.
Reisegepäck-Versicherung.
Reiseunfall-Versicherung.
Fernsprecher für Reisebüro: Nr. 242 und 2376.

J. & G. ADRIAN



WIESBADEN

Bahnhofstrasse 6. Fernspr. 59 u. 6223.

Möbeltransporte von und nach allen
Plätzen

Verpackung :: Assecuranz

Moderne Möbel-Lagerhäuser

Spedition :: Rollfuhrwerk

Atelier für mod. Fotografie

Schusterstr. 28 MAINZ Schusterstr. 28

Moderne Fotos, Fotoklassen, Gruppenbilder, Heimanfnahmen
Vergrößerungen nach jedem Bild. Grosses Lager in
Broschen und Anhänger. Aufnahmen dann gratis.
18 Postkarten v. Mk. 2.50 an, 12 Fotos 75 Plg. 12 Fotos Mk. 1.50.
Reisepassbilder in sofort. Ausführung.
Entnahme bei jed. Witterung, bis abends 9 Uhr. Sonntags v. vorm. 10 bis mitt. 2 Uhr geöffnet.
Elektr. Kopierkontakt, Entwickeln von Film u. Platten u. Abzüge
auch fürs Feld.

Ein großer Transport Oldenburger



Ferkel und Läuferschweine

eingetroffen.

Wilhelm Sudhoff, Schweinehandlg.,
Winkel, Johannisbergerstrasse 49.

Trauerbriefe — Trauerkarten

liefert schnellstens

„Rheingauer Bürgerfreund“



**Kaufmännische
Privatschule
Bein**

Beginn
neuer Kurse

in allen Handelsfächern, sowie
in Schönr., Stenogr., Masch-
Schreiben etc.

Anfang Januar

a) für Herren
in den Unterrichtsräumen
Kirchgasse 22 I

für Kriegsbeschädigte ermäßig-
tes Honorar;

b) für Damen

Rheinstraße 115 I
nahe der Dingtürche.

Auswärtigen vergütet das In-
stitut einen Teil der Fahrtkosten.
Anmeldungen für Vorkurse,
nach Wahl vor- oder nachm.,
Einzelstücken (auch abends) und
Privatunterricht im Geschäfts-
zimmer.

Rheinstraße 115 I
recht bald erbeten.

Herm. Bein,

Clara Bein,

Dipl.-Kaufleute und

Dipl.-Handelslehrer.

Wiesbaden.

Ein starker

Hofhund,

welcher sich auch als Zughund
eignet, zu verkaufen. Näheres
in der Expedition d. Stg.

Gesucht

für täglich einige Vormittags-
Stunden

Monatsmädchen oder Frau.

Frau Dr. Höppner, Winkel,
Hauptstrasse 115.

Besseres Hausmädchen,

welches bügeln und kochen kann,
für einige Wochen zur Aus-
hilfe gesucht.

Frau S. Krayer,

Winkel, Rhg.,

Haus Gutenberg.

3-4 Halbstück

Rheingauer Wein

gezuckert oder ungezuckert zu
kaufen gesucht.

Best. Angeb. sind zu richten
an die Exped. d. St.

Junger Kaufmann

welcher 3. St. in der Ver-
waltung beschäftigt ist, sucht
bei bescheidenen Ansprüchen
Stellung. Angebote unter S
100 an die Expedition.

Lehrling

für Kunst- und Handelsge-
werbe gesucht. Eintritt sofort,
evtl. Oken.

B. Burg Nachfolger

Elville.

Für ein Loghuhn

liesse ich ein Paar kräftige
Knabenschuh:

Elville, Gutenberg str.

2 unterhaltene

Füllöfen

zu verkaufen.

N. Walluf, Hauptstrasse 51.

Kantabak

aus garantiert reinem Tabak
ist jedes Quantum erhältlich bei

J. Hennemann,

Winkel a. Rh., Tannstrasse 1.

Wiederverkäufer erhalten
bei größeren Mengen Vor-
zugspreise.

Gelberübsamen,

(Rantais u. Gonsenheimer) zu
haben

Winkel a. Rh., Schwarzwasser 9.

Briefkassette

in einfachen und feinen Aus-
stattungen empfiehlt

Rheingauer Bürgerfreund,
Deßlich a. Rh.